

Förderaufruf „Impulse Inklusion 2025“

Allgemeines

Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) in Baden-Württemberg ist ein wichtiges Anliegen der Landesregierung. Inklusion – wie sie die UN-BRK versteht – ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Eine Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern, Gruppen, Organisationen und Verbänden hat sich bereits auf den Weg gemacht, Baden-Württemberg inklusiv zu planen, zu gestalten und zu leben.

Um den Inklusionsgedanken weiter ins Land zu tragen und die Aufmerksamkeit der Bürgerinnen und Bürger auf dieses wichtige Thema zu lenken, hat das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg mit dem Förderprogramm „Impulse Inklusion“ in den Jahren 2013 bis 2024 insgesamt ca. 350 Projekte gefördert. Die bereits geförderten und durchgeführten Projekte haben gezeigt, dass das Förderprogramm „Impulse Inklusion“ mit seinen vielfältigen Projekten und den unterschiedlichsten Projektträgerinnen und Projektträgern aus verschiedenen Lebensbereichen die Inklusion in Baden-Württemberg im besonderen Maße voranbringt.

Daher hat sich das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg entschieden, erneut Mittel von insgesamt bis zu 350.000 Euro für dieses Förderprogramm bereitzustellen.

Bei dem Förderprogramm „Impulse Inklusion 2025“ sind alle innovativen und inklusiven Projektideen willkommen. Besonders erwünscht sind in diesem Jahr Ideen, mit denen inklusive Projekte für Kinder mit und ohne Behinderungen umgesetzt werden sollen.

Ebenfalls angeregt werden mit Blick auf die häufig starke Belastungssituation von Familien mit Angehörigen mit Behinderungen auch Projekte, die sich im Sinne einer Vernetzung zeitgleich an Familien mit und ohne Angehörige mit Behinderungen richten.

Da Kinder mit Behinderungen ein erhöhtes Risiko haben, (sexualisierte) Gewalt zu erfahren, und manche Familien mit Angehörigen mit Behinderungen zusätzlich eine Benachteiligung in finanzieller Hinsicht haben und armutsgefährdet sind, können bei der Konzipierung der Projekte auch diese Aspekte mitbedacht werden.

Was wird gefördert?

Gefördert werden grundsätzlich innovative Projekte – entweder in Form von neuen Initiativen oder als neue Vorhaben oder Module, die bereits bestehende Projekte maßgeblich erweitern. Die Projekte dürfen bis zur Förderentscheidung noch nicht begonnen worden sein.

Die Förderung kann für einen Durchführungszeitraum bis 31.12.2026 gewährt werden. Sie kann voraussichtlich im Dezember 2025 beginnen.

Projekte, die eine erfolgreiche Bewerbung anstreben, berücksichtigen folgende Kriterien:

- Menschen mit und ohne Behinderungen sollten die Projekte gemeinsam entwickeln, planen, durchführen und auswerten,
- die Projekte sollten modellhaft, d. h. übertragbar sein,
- die Projekte sollten über die Förderung hinaus bestandsfähig sein,
- die Projekte können vorhandene Strukturen und Angebote berücksichtigen, um diese zu vernetzen und inklusiv weiterzuentwickeln,
- die Stellungnahme mindestens einer Person des öffentlichen Lebens (Behindertenbeauftragte/r des Stadt- oder Landkreises, Bürgermeister/in, Pfarrer/in etc.) zur Projektbewerbung ist einzureichen.

Zuwendungsfähig sind Personal- und Sachkosten (z. B. Raummieten für zusätzlich für das Projekt angemietete Räume, Fahrt- und Reisekosten, Öffentlichkeitsarbeit, Verwaltungskosten), soweit hiermit kassenwirksame Ausgaben verbunden sind. Personalkosten sind nur zuwendungsfähig, wenn für das Projekt zusätzliches Personal eingestellt wird oder wenn bei bereits vorhandenem Personal die Arbeitszeit für das geförderte Projekt aufgestockt wird. Hier kann nur der für das Projekt aufgestockte Arbeitsumfang geltend gemacht werden.

Nicht zuwendungsfähig sind die in Nr. 2.2 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 LHO genannten Ausgabe- bzw. Aufwandsarten. Dem Antrag ist ein detaillierter Kosten- und Finanzierungsplan beizulegen, aus dem die Gesamtfinanzierung ersichtlich ist.

Die Zuwendung erfolgt als Projektförderung im Wege der Fehlbedarfsfinanzierung in Form eines Zuschusses.

Es ist mindestens ein Anteil von 10 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben aus Eigenmitteln zu tragen. Die Einbringung von Drittmitteln (aus Stiftungen, von Kommunen etc.) wird hierauf nicht angerechnet.

Gefördert werden nur Projekte und Maßnahmen, deren zuwendungsfähige Ausgaben zwischen mindestens 5.000 Euro und maximal 20.000 Euro betragen. Ein Anspruch auf Berücksichtigung aller Kosten besteht nicht. Die Höhe der Förderung ist abhängig von der jeweiligen Projektstruktur und den damit verbundenen Projektkosten. Die Zuschusshöhe beträgt maximal 18.000 Euro je Projekt.

Projekte, die bereits andere Landeszuschüsse erhalten, sind nicht förderfähig.

Wer kann einen Antrag stellen?

Anträge auf Projektförderung können stellen: Gemeinnützige Selbsthilfeorganisationen, freigemeinnützige Träger, Kommunen, Vereine, Initiativen etc. Eine eigene Rechtspersönlichkeit muss bestehen.

Von der Förderung ausgeschlossen sind landes- und bundeseigene Einrichtungen oder Organisationen.

Bewerbung und Ausschreibungsfrist

Die Bewerbung ist unter Verwendung des dafür vorgesehenen Bewerbungsbogens einzureichen. Angaben, die über den im Bewerbungsbogen vorgesehenen Umfang hinausgehen, können für die Bewerbung nicht berücksichtigt werden. Neben dem Bewerbungsbogen sind bis zum Bewerbungsschluss zusätzlich ein detaillierter Kosten- und Finanzierungsplan (siehe Vorlage) und eine Referenz einer Person des öffentlichen Lebens mit einzureichen.

Die Bewerbungsunterlagen stehen auf der Internetseite des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration zum Download zur Verfügung.

Anträge können bis zum 30.09.2025 (24:00 Uhr) ausschließlich elektronisch beim Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (Lindenspürstraße 39, 70176 Stuttgart) eingereicht werden.

Bitte senden Sie den Bewerbungsbogen (inklusive des Scans der Originalunterschrift) sowie den Kosten- und Finanzierungsplan Ihrer Bewerbung elektronisch per E-Mail an:

Impulse-Inklusion@kvjs.de

Bei Fragen zum Förderverfahren wenden Sie sich bitte ebenfalls schriftlich an diese E-Mailadresse.

Entscheidungsverfahren und Förderung

Ein vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration berufener Projektausschuss unter Teilnahme der Geschäftsstelle der Landes-Behindertenbeauftragten, der Verbände der Liga der freien Wohlfahrtspflege, der Landkreise, Städte und Gemeinden sowie der Betroffenen schlägt nach Stellungnahme des Kommunalverbandes für Jugend und Soziales die zu fördernden Projekte vor. Die Auswahl erfolgt durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration.

Ein Rechtsanspruch auf Berücksichtigung eines Antrages besteht nicht, die Entscheidung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration muss nicht begründet werden.

Der Kommunalverband für Jugend und Soziales übernimmt die administrative Durchführung der Projektförderung und ist für die Betreuung der geförderten Projekte zuständig.

Nach Abschluss des Projekts sind ein Projektbericht sowie ein zahlenmäßiger Nachweis über die Verwendung der Gelder einzureichen. Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration behält sich die Auswertung und Veröffentlichung guter Projektergebnisse vor.